

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Abg. Markus Rinderspacher

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Judith Gerlach

Abg. Ulrike Müller

Abg. Christine Kamm

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Mechthilde Wittmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen

"Bayern stark in Europa"

Das Wort hat Frau Staatsministerin Dr. Beate Merk. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Russland hat sich binnen weniger Tage die Krim unter Bruch des Völkerrechts einverleibt. Europa hat schnell und geschlossen reagiert. Ein Fortschritt, wenn man sich an die Reaktion auf die Aufstände in Libyen erinnert!

Eine Schulden- und Wirtschaftskrise hat vor vier Jahren etliche europäische Staaten erschüttert. Sie drohte, unsere Gemeinschaftswährung zu gefährden. Es gab und es gibt nach wie vor harte, kontroverse Diskussionen, doch auch hier können wir feststellen: Europa hat Lösungen gefunden, und diese Lösungen haben die Krise erkennbar entschärft.

Noch vor Kurzem haben sich viele über ihre Handyrechnung geärgert, wenn sie aus dem Urlaub in Italien oder Spanien zurückgekehrt sind. Heute sind sie deutlich entspannter. Europa hat die Roaminggebühren begrenzt. Die große Osterweiterung, deren Jubiläum wir bald feiern, hat Bayern – das ist nur ein Beispiel – allein durch einen Anstieg der Exporte um 56 % mit Tschechien zusätzliche Arbeitsplätze gebracht.

Eigentlich müsste es für alle unbestritten sein: Europa, das größte Friedenswerk der Nachkriegsgeschichte, ist eine großartige Sache.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich müssten alle Bürger zu den Europawahlen strömen; denn sie bieten die Gelegenheit, die eigene politische Meinung in diese wichtige Entscheidungsebene einzu-

bringen. – Eigentlich; die Realität sieht anders aus. Bei vielen dominiert die Frage: Wozu soll ich zur Europawahl gehen? In den Medien wird in erster Linie darüber diskutiert, welchen Anteil antieuropäische Parteien künftig im Europäischen Parlament einnehmen werden.

Wie erklärt sich das? - Eigentlich müsste jeder das größte Interesse daran haben, welchen politischen Weg Europa in den kommenden fünf Jahren gehen wird. Doch Fakt ist: Die Menschen wenden sich zusehends von Europa ab. Die Zahlen sind erschütternd: Letzten Herbst hatten nur noch 31 % der Bevölkerung ein positives Bild von Europa im Vergleich zu 50 % im Jahr 2006. Sowohl die Unterstützung der Menschen für Europa wie auch die Beteiligung an den Europawahlen sind in den letzten Jahren stets gesunken. Offen antieuropäischen Parteien wird zugetraut, bis zu einem Viertel der Sitze im künftigen Europäischen Parlament zu gewinnen.

Warum wenden sich die Menschen ab? - Die Gründe hierfür sind vielfältig, doch es gibt ein Grundmotiv: Enttäuschung. Man hat mit der Schaffung des Euro versprochen, dass die neue Währung so stark sein wird wie die Deutsche Mark. Doch manche nehmen wahr, dass alles teurer wurde. – Man hat mit der EU-Erweiterung versprochen, die Teilung Europas dauerhaft zu überwinden. Wahrgenommen haben viele Menschen aber auch, dass wir damit jede Menge Probleme importieren, von Sozialhilfemissbrauch bis zu grenzüberschreitender Kriminalität. – Man hat mit der Übertragung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf Brüssel versprochen, dass ein gemeinsamer Rechtsraum in unser aller Interesse ist. Wahrgenommen haben aber viele Menschen, dass sich die EU nicht darauf beschränkt, zu regeln, was nötig ist. Nein, sie haben den Eindruck, dass von Brüssel alles durchgenormt und alles reguliert wird, was man regulieren kann.

Viele Menschen haben den Eindruck, die Europäische Union sei mit ihren Aufgaben überfordert. Sie haben den Eindruck, dass eine Zuständigkeit Europas zu einer schlechteren Qualität dessen führt, was sie vom Staat erwarten. Ich spreche von der Angst vor Kriminalität, von der Angst vor einer Überforderung unserer Sozialsysteme.

Ich spreche von der Angst vor höheren Belastungen, der Angst vor der Mithaftung für die Schulden, die andere machen.

Das kann niemanden gleichgültig lassen. Ohne die Unterstützung der Menschen gibt es keine europäische Integration. Ich warne Brüssel davor, sich in trügerischer Sicherheit zu wiegen und zu glauben, der Fortbestand der europäischen Integration sei eine Selbstverständlichkeit. Fakt ist vielmehr: Wir müssen darum kämpfen.

Wie kommen die Menschen zu ihrem negativen Eindruck? Was lesen sie, was hören sie über Europa? Sie lesen, dass Wettbewerbskommissar Almunia Rabatte für Betriebe streichen wird, die sehr viel Energie brauchen, und dass dadurch in Deutschland bis zu eine Million Arbeitsplätze verloren gehen können. Sie lesen, dass alle europäischen Staaten, sei es Griechenland, sei es Deutschland, enorme Anstrengungen unternehmen, ihre Haushalte zu konsolidieren, aber gleichzeitig die EU-Kommission den EU-Haushalt um 5 % ausweiten will. - Ich habe das nun gar nicht bewertet. Trotzdem schütteln manche den Kopf. Ich glaube, das ist auch kein Wunder; denn manche Dinge widersprechen einfach der Vernunft. Deswegen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, darf es ein "Weiter so" auch nicht geben. Brüssel ist dabei, das Vertrauen der Menschen zu verspielen, wenn es sich nicht ändert.

Wir brauchen und wir wollen ein geeintes und starkes Europa, ein Europa, das sich selbstbewusst den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt. Was also tun? - Darauf gibt es in diesem Hohen Haus höchst unterschiedliche Antworten. Manche meinen, man müsse Europa den Menschen "besser erklären". Heißt das, sie trauen den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, sich selbst ein Bild zu machen? Die Bürgerinnen und Bürger sind ja nicht auf der Brennsuppe dahergeschwommen. Aber vielleicht ist es so, dass Sie "besser erklären" nur als "beschwichtigen" verstehen. – Und das sogar zu Recht. Die Probleme und die Fehlentscheidungen der Europäischen Union sind doch mit Händen zu greifen.

Andere meinen, wer Europa voranbringen will, müsse die Integration stärken; wir bräuchten mehr wirtschaftspolitische Kompetenzen für Europa; wir bräuchten ein sozialeres Europa, wir bräuchten Solidaritätsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten. Sorry, aber glaubt jemand, dieser Ansatz würde auch nur von einigen der Regierungen der Mitgliedstaaten unterstützt? Glaubte jemand ernsthaft, die Bevölkerung auch nur eines Mitgliedstaats wolle den Weg zu einem europäischen Bundesstaat beschreiten?

Allein die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind so unterschiedlich wie die nationalen Essgewohnheiten. Sozialsysteme drücken gesellschaftspolitische Präferenzen und Wertungen aus, die in Europa unterschiedlicher nicht sein könnten. Wer hieraus einen sozialpolitischen Einheitsbrei kocht, treibt die Menschen geradezu in die Arme der Extremisten, und das zum Schaden Europas.

(Beifall bei der CSU)

Dann gibt es noch die Rückbauer Europas, die "Ver-Schweizerer". "Aussteigen und selber machen" – das möchte ich auch mal ganz deutlich sagen – ist im 21. Jahrhundert keine Lösung.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Euer Gauweiler will mit Bayern sogar aus Deutschland austreten!)

- Sie haben nachher genug Zeit.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sinnvoll, realistisch und zielführend ist nur das, was bereits der Schriftsteller Tomasi di Lampedusa so treffend in Worte fasste: Manchmal muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sehen es am Beispiel der Schuldenkrise, wir sehen es am Beispiel der Ukraine: Die Europäische Union braucht ein neues

Selbstverständnis, oder, wie es Kommissionspräsident Barroso formulierte: im Großen groß, im Kleinen klein. Will die EU im 21. Jahrhundert bestehen, dann muss sie sich auf das Wesentliche konzentrieren und darf die Menschen nicht mit Belanglosigkeiten nerven.

Und große Dinge gibt es wahrlich genug: Ich nenne das Transatlantische Freihandelsabkommen. Das ist eines von Dutzenden Handelsabkommen weltweit. Inhaltlich kann man dazu stehen, wie man will. Doch bei aller berechtigten Kritik zu Transparenz und Mitsprache muss uns eines völlig klar sein, meine Damen und Herren von der SPD: Wer von uns will, dass die Standards des Welthandels eines Tages von China bestimmt werden? Nur weil es Kritik gibt, ist das noch lange kein Grund, das Ganze abzublasen. Hier muss man nachbessern.

Wenn wir es so sehen, wie das Ihr Parteivorsitzender Gabriel tut, nämlich dass es Aufgabe der Politik ist, in einer globalisierten Welt Regeln zu schaffen, dann kann das nur die EU. Genau hierfür brauchen wir ein präzises, eindeutiges und transparentes Freihandelsabkommen, hohe gemeinsame Qualitätsstandards zwischen Europa und Amerika und einen Zusammenhalt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer einen Abbruch der Verhandlungen fordert, handelt wirtschafts- und sozialpolitisch unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne den Europäischen Patentschutz: Wir Bayern sind deutscher Meister beim Anmelden von Patenten. Patentschutz ist der Garant dafür, dass bayerische Forscher und Entwickler die Ernte ihrer Arbeit selbst einfahren und nicht Produktpiraten aus Peking oder Shanghai.

Ich nenne aber auch die Außen- und Sicherheitspolitik: "Putins Gewaltpolitik demonstriert unfreiwillig den unschätzbaren Wert gemeinsamer Institutionen für Frieden und Demokratie für Europa", so schrieb Joachim Keppler in der "Süddeutschen". Wenn wir wollen, dass Russland zurück an den Verhandlungstisch kommt, brauchen wir eine

starke EU. Konfliktbewältigung mit friedlichen Mitteln, das ist die Stärke der Europäischen Union. Das haben wir nach den großen Katastrophen unseres Kontinents über 60 Jahre lang geübt und gelebt.

Und ich nenne die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kontinents. Ohne Unternehmerinnen und Unternehmer, die bereit sind, zu investieren und Risiken einzugehen, kann es auf Dauer keine Beschäftigung und keinen Wohlstand geben. Hier sehe ich eine der vordringlichsten Aufgaben der EU: einen klaren Ordnungsrahmen zu setzen, der gute Wettbewerbsbedingungen für alle schafft und es dadurch den europäischen Unternehmen ermöglicht, ihre Waren und Dienstleistungen weltweit zu vertreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayern hat sich stets als Ideengeber der Europäischen Einigung begriffen. Wir haben in der Vergangenheit mit Heimatverbundenheit, selbstbewusst und ganz entschieden für die Europäische Einigung gekämpft. Gerade weil wir den Erfolg Europas wollen, sagen wir auch deutlich, was schief läuft: Eine EU, die Gefahr läuft, Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden, kleine Betriebe mit überzogener Bürokratie zu schikanieren, mit einem riesigen Beamtenapparat selbstherrlich zu regieren und sich lieber ums Kleine zu kümmern, weil sie das Große scheut, lehnen wir ab.

Wir in Bayern haben ganz klare Vorstellungen davon, wie ein besseres Europa aussehen muss: Ein besseres Europa beschränkt sich aufs Wesentliche. Ein besseres Europa ist nach außen stark und im Innern schlank. Ein besseres Europa ist demokratischer, bürgernäher und vielleicht auch politischer.

Europa muss sich auf das Wesentliche beschränken. Wir brauchen wieder eine klare und kontrollierte Grenze zwischen dem, wofür Europa zuständig ist, und dem, wofür die Mitgliedstaaten zuständig sind. Solange diese Grenze nicht völlig klar gezogen ist, solange es keine echte Kontrolle gibt, solange Brüssel mit windelweichen Begründungen alles regeln kann, was es will, sind alle anderen Bemühungen sinnlos.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Können Sie ein Beispiel nennen?)

Deshalb fordere ich den Mut, zu verhindern, dass die EU schleichend immer mehr Entscheidungen an sich zieht. Das ist auch machbar; denn dafür müssen wir keine Verträge ändern. Vielmehr schlage ich eine echte, eine überprüfbare Selbstverpflichtung der EU-Organe vor, sich bei bestimmten Dingen künftig zurückzuhalten.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die EU auch kontrollieren. Wir brauchen auch in der EU eine Einrichtung, die das tut, was in Deutschland das Verfassungsgericht macht, nämlich dem Staat auf die Finger zu schauen. Der Europäische Gerichtshof hat sich dieser wichtigen Aufgabe verweigert und sich lieber als weiterer Motor der Integration verstanden. Deshalb brauchen wir ein unabhängiges Kompetenzgericht, das bei Konflikten klärt, wer zuständig ist, Brüssel oder die Mitgliedstaaten.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Regisseur Wim Wenders bringt es auf den Punkt: "Aus der europäischen Idee ist die Verwaltung geworden. Und jetzt meinen die Leute, die Verwaltung sei die Idee." Da hat er recht. Auf der einen Seite steht die großartige Idee. Auf der anderen Seite bringt ein immer größerer Apparat in Brüssel immer mehr Regelungen hervor. Lassen Sie uns überflüssige Vorschläge im Keim ersticken. Das schaffen wir mit einem konsequenten Sparkurs für das EU-Budget, mit einer kleineren Kommission, mit mehr Handlungsfreiheit für die Mitgliedstaaten und mit einer unabhängigen Kontrollinstanz, die sich auch einmal ansieht, was die Regelungsvorschläge hinterher in der Praxis bedeuten. Wenn uns das gelingt, setzen wir Ressourcen frei, Ressourcen, die Menschen, Unternehmen und Verwaltungen so dringend benötigen, um besser zu werden. Es ist klasse, wie unser ehemaliger Ministerpräsident Edmund Stoiber dieses Thema intensiv und mit ganzem Herzen angegangen ist.

(Beifall bei der CSU – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wo sind die großen Erfolge?)

- Er hat dabei auch große Erfolge erzielt.

(Beifall bei der CSU)

Seine Einsparvorschläge haben 23 Millionen Betriebe in Europa um insgesamt 33 Milliarden Euro entlastet. Europa braucht Menschen, die für die Sache kämpfen. Mit Edmund Stoiber konnte man keinen Besseren finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es bereits eingangs erwähnt: Die Krise in Europa ist vor allem eine Vertrauenskrise. In der Politik ist Vertrauen die einzige Währung, die zählt. In einer Demokratie kann Vertrauen nicht ohne Mitsprache entstehen. Mitsprache gewährleistet, dass die Menschen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können und dass sie deswegen Entscheidungen auch besser verstehen und akzeptieren. Bayern hat schon immer für mehr Mitsprache in Europa gekämpft, und zwar mit Erfolg. Dank unseres Ersten Vizepräsidenten Reinhold Bocklet hat Bayern seit Jahren die aktivste Volksvertretung in Brüssel. Bayern war der Vorreiter für mehr Regionalität. Der Bayerische Landtag ist in EU-Angelegenheiten schon heute das stärkste Landesparlament in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Auf diesem Weg möchte ich voranschreiten. Ich fordere eine stärkere Rolle der nationalen Parlamente. Ein Zustimmungsrecht bei wichtigen politischen Vorhaben bringt europäische Debatten viel schneller in unsere nationalen Parlamente. So entsteht dann auch Öffentlichkeit, so interessieren, so beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen keine vollendeten Tatsachen aus Brüssel serviert bekommen. Wir wollen, dass unsere Parlamente die EU schärfer kontrollieren können und dass sie, wenn es sein muss, Gesetze auch verhindern können.

Wir wollen noch weitergehen. Bei Änderungen der EU-Verträge und bei künftigen EU-Erweiterungen brauchen wir – unser Ministerpräsident Horst Seehofer hat dies zu Recht schon früh gefordert – Volksentscheide auf Bundesebene. Europa darf keine Angst vor der Stimme des Volkes haben. Bayern hat eine starke Stimme in Europa. Zutrauen statt Misstrauen, beteiligen statt bevormunden – das ist der bayerische Weg.

Europa wächst zusammen. Der polnische Student, der in Weihenstephan Brauwesen studiert, das Londoner Oktoberfest und der Nürnberger Lebkuchenbäcker, der seine Köstlichkeiten überall hin verschickt – all das zeigt, dass Bayern wie selbstverständlich mitten in Europa liegt. Weil dem so ist, weil Europa für uns Bayern eine Selbstverständlichkeit ist, freue ich mich auch, dass wir dieses Jahr die neue Vertretung des Freistaats Bayern in Prag eröffnen werden. Ein weiteres starkes Zeichen dafür, dass Bayern zu Europa steht.

Dass wir die europäische Idee der Einheit in Vielfalt mit Leidenschaft angehen, liegt gerade daran, dass Europa anders als vor 60 Jahren ist. Gerade weil Europa heute ganz anders herausgefordert wird, müssen wir Europa neu definieren. Da wir mit vollem Herzen Europäer sind, ist mein dringender Appell gerade im Europawahljahr an das neue Parlament und die neue Kommission: Verspielen wir nicht unsere Zukunft. Das können wir uns schlicht nicht leisten. Also kein "Weiter so", sondern gehen wir ihn an, nämlich einen echten und ernst gemeinten Umbruch.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin Merk. – Als Nächster hat Herr Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Seit vielen Jahren hat es zum Thema Europa im Bayerischen Landtag keine Regierungserklärung mehr gegeben. Der außenpolitische Gestaltungsanspruch der CSU-Regierung tendiert seit dem Rücktritt von Edmund Stoiber gegen null. War der Politikansatz von Franz Josef Strauß noch ein weltumspannender und war Edmund Stoiber außenpolitisch zumindest interessiert, so ist der außenpolitische Wirkungskreis und Aktionsradius von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer vergleichsweise überschaubar.

Keiner der bayerischen Ministerpräsidenten der letzten Jahrzehnte hätte es sich hier und heute nehmen lassen, vor dem Hohen Hause seine Vorstellungen zu Bayern und Europa zu erklären. Herrn Seehofer waren die internationalen Kontakte Bayerns zu

unseren europäischen und außereuropäischen Partnern in seinen Antrittsreden 2008 und 2013 keine einzige Silbe wert. Heute hat er parallel zu dieser Regierungserklärung zunächst eine Pressekonferenz anberaumt, weil ihm die Ausführungen seiner Regierung zu Europa reichlich gleichgültig sind.

Frau Ministerin Dr. Merk hat heute den außenpolitischen Schlagworteteppich der CSU routiniert zusammengeknüpft – in 19 Minuten, ein buntes Mosaik der Gegensätzlichkeiten, ein bisschen AfD-Anmutung hier, ein halbklares Bekenntnis zur europäischen Idee da. Keine Regierungserklärung der letzten Jahrzehnte ist mit 19 Minuten kürzer geraten. Im Übrigen ist das auch ein Zeichen, welch geringen Stellenwert die internationale Politik und das nachbarschaftliche Miteinander mit unseren europäischen Partnern genießen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat eine starke Stimme in Europa, behauptet Frau Dr. Merk. Dort, wo man sich eine kraftvolle Stimme Bayerns gerne gewünscht hätte, war die CSU-Regierung gerade in den letzten Monaten überaus stumm geblieben. Umgekehrt hätte man sich diplomatisches Schweigen an manchen Stellen gewünscht, als Getöse und rhetorische Grobheiten seriöse Politik ersetzen sollten.

(Beifall bei der SPD)

100 Jahre nach dem Beginn des Ersten und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer ist die Frage von Krieg und Frieden, von Einheit und Spaltung unseres Kontinents nach Europa zurückgekehrt. Diese Jubiläen rühren an unsere Verantwortung. Sie sind uns Verpflichtung, die Vereinigung Europas in Frieden, Demokratie, Wohlstand und Freiheit mit Engagement und Augenmaß voranzutreiben. Nichts von den heute selbstverständlich erscheinenden Errungenschaften Europas ist tatsächlich selbstverständlich, nicht der Frieden auf unserem Kontinent, nicht die Freiheit, nicht der Wohlstand und nicht die Freizügigkeit.

Leider gibt die CSU-Regierung keine starke Stimme in Bayern für Europa ab. Während die Gewalt nur zwei Flugstunden von München eskaliert, während auf dem Maidan in Kiew und in anderen Teilen der Ukraine viel zu viele Menschen sterben müssen, während die Welt vor einem neuen Kalten Krieg steht, übt sich die bayerische Regierung in vornehmer Zurückhaltung, man kann es auch Schweigen nennen: Außenpolitik Fehlanzeige, der Ministerpräsident abgetaucht, von der zuständigen Ministerin haben wir außer der Zustimmung zur gemeinsamen Resolution der deutschen Länder-Europaminister nichts gehört zum Thema Krieg und Frieden in Europa.

Ich finde, es wäre doch ehrlicher gewesen, auf die heutige Regierungserklärung als reine Pflichtübung zu verzichten, da sie weder aktuell noch grundsätzlich durch konkretes Regierungshandeln untermauert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo tatsächlich außenpolitische Kontakte existieren, setzt die CSU-Regierung auf falsche Freundschaft und setzt damit die völlig falschen Signale. Mit großer Skepsis betrachtet die SPD-Fraktion die aus unserer Sicht überaus problematische Freundschaft des bayerischen Ministerpräsidenten mit dem ungarischen Rechtspopulisten Viktor Orbán. Der Empfang von Herrn Seehofer für den ungarischen Regierungschef in München war aus unserer Sicht ein falsches Signal und ein Zeichen von mangelndem außenpolitischen Fingerspitzengefühl.

(Beifall bei der SPD)

Die jüngsten Wahlen in Frankreich, in Griechenland, in Norwegen, in Österreich, den Niederlanden oder Italien haben gezeigt: Der Rechtspopulismus in Europa ist wieder auf dem Vormarsch. Statt klare Worte zu den undemokratischen Vorgängen in Ungarn zu sprechen, hat Bayerns Ministerpräsident vor den Verstößen Ungarns gegen den EU-Vertrag, gegen Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit die Augen verschlossen. Ich sage: Wer Rechtspopulisten in Europa derart die Hand reicht, macht sie salonfähig und trägt zu ihrer Wiedererstarkung in Europa bei.

(Beifall bei der SPD)

Dabei hatte doch die Konrad-Adenauer-Stiftung gerade im letzten Jahr eine bemerkenswerte Studie veröffentlicht, wonach der Rechtspopulismus in manchen Ländern in Europa fast unaufhaltsam sei. Es gibt in dieser Studie vor allen Dingen eine Empfehlung an konservative Politiker, und damit können wohl nicht nur CSU-Ortsvereinsvorsitzende gemeint sein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt, vor allem die konservativen Parteien in Deutschland – gemeint sind CSU und CDU – müssten politische Zusammenhänge der Europäischen Union mehr und verständlicher erklären. Das ist das, was Sie als Europaministerin heute noch ablehnen wollten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt auch, die Erfolge in der Stabilisierungspolitik des Euro zu betonen und die Vorteile aus der Integration für die einzelnen Bürger herauszustreichen; anderenfalls würde man Parteien wie die AfD nur unnötig stark machen und dem Rechtspopulismus in Europa Vorschub leisten. Das haben Sie heute gemacht, Frau Dr. Merk.

(Beifall bei der SPD)

Wie setzen Sie die Empfehlung der Konrad-Adenauer-Stiftung um, die Erfolge in der Stabilisierungspolitik des Euro zu betonen? Der Schlingerkurs der Staatsregierung in der Euro-Krise war symptomatisch. Herr Seehofer hat mit Blick auf die Rettungsschirme und mit rhetorischer Kraftmeierei öffentlich eine rote Linie nach der anderen gezogen. Den Rettungspaketen hat er doch zugestimmt. Sogar sein Stellvertreter Peter Gauweiler war gezwungen, zu sagen: Seehofers rote Linien gleichen mittlerweile einem Zebrastrreifen oder einer Wanderdüne.

Wir sagen: Bayern braucht den Euro. Bayern ist als Exportland auf die europäische Währung angewiesen. Jeder vierte Arbeitsplatz ist unmittelbar vom Export abhängig. Über die Hälfte der bayerischen Ausfuhren gehen in das europäische Ausland. Die europäische Währung ist Ausgangspunkt und Grundlage einer starken Industrie in Bayern. Wackelt der Euro, geraten die konjunkturelle Stabilität der bayerischen Wirtschaft

und Tausende Arbeitsplätze in Gefahr. Frau Dr. Merk, wir hätten uns klare Worte von Ihnen gewünscht. Wir sagen: Im Sinne bayerischer Unternehmen und im Interesse der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss Bayern unmissverständlich ein politisches Kraftzentrum für den Euro sein, es darf kein währungspolitischer Wackelpudding der Marke Seehofer sein.

(Beifall bei der SPD)

Dafür, dass Außenpolitik für innenpolitische populistische Überlegungen in der CSU immer wieder herhalten muss, gibt es in der CSU weitere Beispiele – Stichwort: Wer betrügt, der fliegt. In einer emotionalen Debatte um die Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern vermittelte die CSU in den vergangenen Monaten den Eindruck, dass nationale Sozialsysteme zu kollabieren drohen. Arbeitsplätze für Einheimische stünden massenhaft zur Disposition, wenn die Zuwanderung nicht strikt begrenzt werde. Dabei waren es im Übrigen sozialdemokratische Oberbürgermeister, die auf die Problematiken hingewiesen haben. Wir haben aber auf die alarmistische Panik-Attitüde der Dobrindt-CSU verzichtet. Politik muss Lösungen herbeiführen. Das macht man nicht mit Getöse, sondern indem man sich zusammensetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ja, die sozialen Probleme in den Kommunen müssen gelöst werden. Wir müssen die Fehlentwicklungen schnellstmöglich beheben. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Große Koalition in einem Staatssekretärsausschuss mit der Thematik befasst und bereits erste Eckpunkte vorgelegt hat. Sie sollten jedoch die Freizügigkeit als eine der größten europäischen Errungenschaften nicht grundsätzlich infrage stellen. Gerade Bayern profitiert doch maßgeblich vom Binnenmarkt und von einem offenen Europa, in dem alle Bürgerinnen und Bürger ihren Wohn- und Arbeitsort frei wählen können. Um unsere wirtschaftliche Stärke und das Niveau der sozialen Sicherung zu halten, sind wir in Zukunft mehr denn je auf Einwanderung von Fachkräften aus unseren europäischen Partnerländern angewiesen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns nicht nur über die innenpolitischen Ansätze der Außenpolitik der CSU reden. Worum muss es in Europa gehen? Alle Europa-Befürworter und Europa-Skeptiker sind sich gleichermaßen offensichtlich darin einig, dass es so wie in der konservativ-neoliberalen Kommission Josi Barroso nicht weitergehen kann. An dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass Europa und Brüssel nicht etwa abstrakte und dunkle Mächte sind. Es handelt sich um eine konservative europäische Regierung, die im Übrigen in den letzten Jahren auch von der konservativen CSU in Bayern getragen und unterstützt wurde. Die konservative Regierung in Europa reduzierte ihr Europaverständnis über einen viel zu langen Zeitraum auf Marktfreiheiten ohne Solidarverantwortung. Die auch von der CSU getragene europäische Regierung stand in den letzten Jahren zunehmend für Liberalisierung, Deregulierung und einen immer härteren Wettbewerb, bis auch der letzte städtische Friedhof privatisiert ist. Auf der anderen Seite steht diese europäische Regierung für ausufernde Bürokratisierung und Überregulierung. Während die Lebensgrundlagen der Menschen unter Marktzwänge gesetzt werden, werden die zerstörerischen Kräfte der Finanzmärkte nach wie vor unzureichend geregelt.

Wir als SPD-Fraktion begrüßen es ausdrücklich, dass sich die EU-Staaten und das Europäische Parlament auf eine Bankenunion verständigt haben. Im Pleitefall sollen nun die Banken selbst und nicht die Steuerzahler haften. Im Ernstfall sollen sie sogar abgewickelt werden können. Wir sagen aber auch: In Zukunft soll kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt unreguliert sein dürfen. Dazu zählen für uns eine weitere Regulierung von Schattenbanken und des Hochfrequenzhandels, die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken sowie die Trockenlegung der Steueroasen. Wir brauchen in Europa eine einheitliche Basis der Besteuerung, etwa bei den Mindeststeuersätzen und Mindestbemessungsgrundlagen bei der Körperschaftsteuer.

(Beifall bei der SPD)

Hohes Haus, die große Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger will eine andere Europäische Union als das Barroso-Europa. Die Menschen in Europa wollen nicht, dass

die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Sie wollen kein Europa, in dem Löhne gesenkt, Renten gekürzt, Arbeitnehmerrechte beschnitten, öffentliche Dienstleistungen gekappt und die öffentliche Gesundheitsversorgung kaputtgespart werden, um Banken zu retten. Die Menschen wollen keine Europäische Union, in der Spekulanten ihre Gewinne einstreichen und ihre Verluste an den Steuerzahler weiterreichen. Sie wollen kein Europa, das die junge Generation in die Massenarbeitslosigkeit schickt und so ihre Lebenschancen zerstört.

All das sind völlig inakzeptable Auswüchse und Fehlentwicklungen eines Turbo-Kapitalismus, der mit Mitteln eines Nationalstaats allein nicht zu zähmen sein wird. Die große Mehrzahl unserer Bürger will eine Europäische Union, die zuvorderst ihre Interessen schützt, die sozialer, gerechter, solidarischer und bürgernäher ist. Die Menschen wollen eine Europäische Union, die sich nicht um Ölkännchen und Schnupftabak kümmert. Sie soll ihren Mitgliedsländern und Regionen überlassen, wie sie die gemeinsamen Zielvorgaben umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Folgendes muss gelten: Was lokal, regional oder national gemacht werden kann, das soll lokal, regional und national gemacht werden. Europa sollte nicht versucht sein, alles zu tun. Frank-Walter Steinmeier hat gesagt, Europa solle groß bei großen Fragen und klein bei kleinen Fragen sein. Meine Damen und Herren, das ist im Übrigen nicht nur unsere Philosophie für Europa, sondern auch für Bayern, das politisch viel zu CSU-zentralstaatlich und bürokratisch organisiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Mehr Subsidiarität, mehr Eigenverantwortung in den Regionen und mehr Freiheit für die Kommunen – das gilt auch für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen, dass Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit Blick auf das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika klare Worte gefunden hat. Wir brauchen keine Regelungen zum Investorenschutz, die unsere Gerichtsbarkeit aushebeln. Wir wollen nicht, dass nichtöffentliche Schiedsgerichte über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen entscheiden und dass Investoren Staaten verklagen können, weil sie sich durch Gesetze in ihrer Profitmaximierung gestört fühlen. Es muss ausgeschlossen bleiben, dass Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen ausgehebelt oder umgangen werden oder dass ein Marktzugang eingeklagt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch vor zehn Jahren lag Bayern am östlichen Rand der Europäischen Union. Der Eiserne Vorhang, der Bayern und Böhmen mehr als 40 Jahre lang getrennt hatte, war zwar gefallen, aber die Europäische Union endete noch östlich von Passau, Weiden und Hof. Heute ist Bayern vom Rand ins Zentrum der Europäischen Union gerückt. Es ist ein Kernland mitten in der EU und zieht daraus immense Vorteile. Am 1. Mai 2004 ist unser Nachbar Tschechien mit weiteren neun Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas der Europäischen Union beigetreten. Ihr maßgeblicher Architekt war übrigens ein bayerischer Sozialdemokrat. Günter Verheugen hat lange den oberfränkischen Stimmkreis Kulmbach im Bundestag vertreten und kannte deshalb die schwierige Randlage zu Tschechien.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, haben damals gegen die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union gestimmt. Das war kein Ruhmesblatt vorausschauender, gestaltender bayerischer Europapolitik. Das war ein Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ausdrücklich: Wir erkennen an, dass der Wert der bayerisch-böhmischen Nachbarschaft seit Neuem auch von Regierungsseite gefördert und befördert wird. Endlich hat auch die Staatsregierung nachvollzogen, was zwischen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Länder längst alltägliche Praxis ist: ein reger wirtschaftlicher, kul-

tureller und zivilgesellschaftlicher Austausch sowie ein gutes, nachbarschaftliches, menschliches Miteinander. Ich bin mir sicher, dass die neue sozialdemokratisch geführte tschechische Regierung unter Ministerpräsident Bohuslav Sobotka diese Politik fortsetzen wird. Wir bayerische Sozialdemokraten werden das Unsrige tun, um die eingeleitete freundschaftliche Nachbarschaft und Zusammenarbeit auf vielen Ebenen weiter zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass noch in diesem Jahr in Prag eine Bayerische Vertretung eröffnet wird. Die SPD-Landtagsfraktion hatte dies übrigens auf den Tag genau vor fünf Jahren in einem Antrag hier im Bayerischen Landtag gefordert. Dieser Antrag wurde damals von der CSU und der FDP abgelehnt. Auch hier brauchten Sie noch ein wenig Zeit, bis Sie über Ihren Schatten springen konnten. Dafür haben Sie uns, die Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Europawahl am 25. Mai ist keine nachrangige Wahl. Sie ist nicht weniger wichtig als die Bundestagswahl, die Landtagswahl oder die Kommunalwahl. Ganz im Gegenteil, die Wahl zum Europäischen Parlament entscheidet ganz unmittelbar über die Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Lissabon oder Riga, sondern auch in Passau, in Traunstein, in Hof, in Lindau und in allen Orten Bayerns. Am 25. Mai geht es um eine sehr grundlegende und sehr weitreichende Richtungsentscheidung. Die Europawahl entscheidet über die Zukunft des Jahrhundertprojekts europäische Einigung. Die Europawahl entscheidet auch darüber, ob mit dem Luxemburger Jean-Claude Juncker ein Konservativer Kommissionspräsident wird – aus meiner Sicht wäre das ein Signal für ein "Weiter so" - oder ob der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz neuer Kommissionspräsident wird, der die Europäische Union reformieren wird. Sein Ziel ist weniger Bürokratie und Regulierung nur da, wo es wirklich wichtig ist, da dann aber auch kraftvoll, zum Beispiel auf dem Finanzmarkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, Europa gemeinsam besser zu machen, damit Europa für die junge Generation das Versprechen einer guten Zukunft bleibt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. Die nächste Rednerin ist Frau Judith Gerlach von der CSU.

Judith Gerlach (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei Frau Staatsministerin Dr. Merk für ihre Ausführungen bedanken. - Am vergangenen Montag war an den Schulen Bayerns der EU-Projekttag. Wie viele andere hier im Parlament habe auch ich mich den Fragen der Schülerinnen und Schüler in der Schule gestellt. Die Diskussion stand unter dem Motto: "Was geht uns eigentlich Europa an?" Gute Frage!

Die Europäische Union hat in den gut fünfeinhalb Jahrzehnten ihrer Existenz viel erreicht. Sie ist zweifellos eine der großen Erfolgsgeschichten des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts, das mit zwei Weltkriegen unsägliches Leid und Zerstörung über unseren Kontinent gebracht hat. Die europäische Einigung ist das größte Friedenswerk der Nachkriegsgeschichte. Sie hat viel zum Wohlstand und Erfolg auch in Bayern beigetragen. Die Regierungserklärung zeigt die wichtige Rolle der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Sie zeigt aber auch, dass erfolgreiche und selbstbewusste Regionen wie Bayern in Brüssel etwas bewegen können. Die Einheit Europas ist heute nicht mehr nur eine Frage von Krieg oder Frieden. Bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union in den nächsten Jahren geht es darum, das Wohlstandsniveau Europas auf sozialem, ökologischem und kulturellem Gebiet durch gemeinsames Wirtschaften, Forschen sowie eine starke Währungs- und Handelsunion zu sichern und auszubauen.

Diese Kraft zu generieren, gelingt allerdings nur in einem Europa mit starken Regionen. Bayern liegt im Herzen Europas. Wir wollen und brauchen daher die europäische

Integration. Wir wollen aber ein Europa der Regionen und keinen europäischen Zentralstaat. Nationen und Regionen gehören zur Identität Europas und müssen in einem Europa der Zukunft ihren festen Platz haben. Das Europa der Zukunft braucht starke und eigenständige Regionen wie Bayern. Wir müssen den Europagegnern ein klares Bekenntnis zu einem Europa der Einheit und Vielfalt entgegensetzen.

(Beifall bei der CSU)

Nur ein klares Bekenntnis zu einem Europa der Zukunft, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentriert und die Individualität seiner Mitgliedstaaten akzeptiert, nimmt auch die Skepsis der Bürger ernst.

Einen Schwerpunkt unserer Europapolitik bildet die Frage nach der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im weltweiten Wettstreit. Grundsätzlich ist es notwendig, dass die hohen Staatsschuldenquoten einiger europäischer Länder zurückgeführt werden. Schuldentilgungsfonds und Euro-Bonds-Anleihen werden aber von der CSU abgelehnt. Sie dienen nicht einer Lösung.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind eher Auslöser für eine neue Schuldenkrise. Europa wird nicht dadurch stärker, dass man die Schwachen schwächt, sondern es wird durch Verbesserungen bei den Schwachen stärker. Das, was von uns beim Länderfinanzausgleich gefordert wird, muss auch für Europa gelten. Krisenstaaten dürfen Hilfen nur erhalten, wenn sie die Auflagen erfüllen und Reformen durchführen. Dieser Kurs hat sich bewährt und zu einer beginnenden Stabilisierung im Euroraum geführt. Wir wollen, dass Krisenstaaten künftig eine noch stärkere Eigenbeteiligung an der eigenen Krisenbewältigung leisten und mehr eigene Ressourcen einsetzen. Einem zu befürchtenden Protestvotum bei den Europawahlen muss durch ein klares Nein zu einer Schuldenunion entgegengesteuert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da seid ihr ja voll drin!)

Aufgabe für unsere Politik in Deutschland wie auch auf europäischer Ebene muss es sein, den Aufbau einer Stabilitätsunion voranzutreiben und die Menschen in Europa dabei auch mitzunehmen.

Am 25. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben hier die Möglichkeit, über die Geschicke der Europäischen Union für die nächsten fünf Jahre mitzubestimmen. Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung zuletzt bei den Kommunalwahlen müssen wir alle darauf hinwirken, dass die Menschen diese Chance auch wahrnehmen. Es gibt bei allen Erfolgen auch viel berechtigte Kritik an Europa. Desinteresse und Resignation sind aber der falsche Weg. Nur wer mitredet, kann auch etwas verändern. Den ersten Schritt haben viele Schülerinnen und Schüler Bayerns schon gemacht, indem sie in den Diskussionen zu dem Ergebnis kamen, dass Europa sie sehr wohl etwas angeht. Ich hoffe, dass noch mehr Menschen zu dieser Erkenntnis kommen und zur Wahl gehen, statt sich fremdbestimmen zu lassen. Ich hoffe aber auch, dass es uns als Verantwortlichen in der Politik gelingt, die Wählerinnen und Wähler zu motivieren, an den Wahlen ein Zeichen für ein starkes Europa zu setzen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Gerlach. Als Nächste hat Frau Ulrike Müller von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherlich wurde Ihnen allen wie auch mir klar, dass die Rede der Frau Staatsministerin keine Regierungserklärung, sondern eine Zustandsbeschreibung war. Sie haben so geredet, als wären Sie in Europa nicht in der Verantwortung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Diana Stachowitz (SPD): Genauso war es!)

Es war eher ein Wahlkampfgetöse der CSU. Aus diesem Grund war auch vorhersehbar, dass sich die CSU so darstellt, als würde sie die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger in Europa unabhängig und bis aufs Herzblut verteidigen.

Traurig fand ich es in diesem Zusammenhang, dass wir die Regierungserklärung nicht vorher bekommen haben. Aus dem Agrarressort bin ich es gewöhnt, dass Herr Minister Brunner uns seine Reden zukommen lässt, sodass wir uns auf die Inhalte einstellen können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da stand doch sowieso nichts drin!)

- Richtig, es stand nichts drin.

Gelobt sei, was Stimmen bringt. Aus diesem Grund wurde Herr Gauweiler am Aschermittwoch von der CSU aus der Versenkung geholt.

(Widerspruch der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

- Vielleicht ist "Versenkung" nicht das richtige Wort. Ich glaube aber, es war ein taktischer Schachzug der CSU, den Wadlbeißer Gauweiler aus dem Zwinger zu lassen, um die vollständige Klientel im Kampf um die Wählerstimmen unabhängig vom Abstimmungsverhalten der letzten Jahre einzufangen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das war aber nicht schlecht!)

- Das war nicht schlecht, Herr Ministerpräsident.

Wir FREIE WÄHLER stehen natürlich zur Einigung Europas. Wir stehen dazu, Europa positiv darzustellen. Wir wollen Europa positiv mitgestalten. Ich glaube, darin sind wir uns alle hier im Hause einig. Wenn ich mich aber mit Detailabstimmungen beschäftige, dann sehe ich, dass das Haus Europa von vielen Bauherren gebaut wurde, die teilweise nicht auf der Baustelle zugegen waren. Ich möchte hier klar und deutlich herausarbeiten: Die CSU hat in den letzten Jahren eben nicht die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger vertreten. Hierfür möchte ich ein paar Beispiele nennen:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hört jetzt gut zu!)

Beginnen wir mit dem Euro. Die Verantwortlichen haben das Vertrauen in den Euro durch eine intransparente und oft widersprüchliche Politik sehr beschädigt. Die Menschen wollen den Euro erhalten, aber nicht überall und um jeden Preis. Kurz gesagt: Eine Haftung ohne Einfluss auf das Geschehen, eine Vergemeinschaftung von Schulden ist inakzeptabel. Wir müssen klar und deutlich sagen, dass die CSU mit in der Verantwortung steht. Sie haben diese 190 Milliarden Euro Steuergelder mit zu verantworten; denn Sie haben durch die Ratifizierung des ESM am 29. Juni 2012 die damals in Maastricht hart verhandelte Nichtbeistandsklausel ausgehebelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das wurde von der CSU mitgetragen.

(Die Rednerin trinkt einen Schluck Wasser)

- Tut mir leid, ich bin erkältet, ich muss etwas trinken.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Prost!)

Dafür trägt die CSU ebenso die Verantwortung. Wir FREIE WÄHLER lehnen den ESM und den Fiskalpakt in der heutigen Form ab. Wir wollen das Europaparlament stärken und mehr Mitspracherecht verankern. Das alternative Herumdoktern an Symptomen bringt uns nicht weiter. Wir müssen neue Wege beschreiten. Wir FREIE WÄHLER wollen wieder eine Parallelwährung zulassen.

In vielen Bereichen spielt das Europaparlament eine Statistenrolle nach dem Motto: Hast du einen Opa, dann schick ihn nach Europa.

(Zuruf: Das ist lange her!)

- Leider ist das nicht lange her. Es sind noch genügend Ältere drin.

(Lebhafter Widerspruch – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Keine Altersdifferenzierung! Das geht fei nicht! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich komme jetzt noch zu dem ganz extremen Thema Freihandelsabkommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, in der Öffentlichkeit wird das Thema Freihandelsabkommen recht emotional behandelt. Wir FREIE WÄHLER stehen zum Verbraucherschutz, zu Umwelt und Sozialstandards. Das, was Sie hier mit zu verantworten haben, wollen Sie verschweigen: die mangelnde Transparenz. Sie ist ein Dauerbrenner rund um Brüssel und Straßburg. Wir wollen diese Transparenz. Wir wollen die Bürger ehrlich informieren, nicht nur einige Lobbygruppen. Bisher sind die Aussagen der CSU gebetsmühlenartig und nicht besonders überzeugend. Wer schützt uns denn vor Klagen gegen unser System der öffentlichen Daseinsvorsorge?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wer schützt uns vor den FREIEN WÄHLERN?)

Wie kann es sein, dass solche Klagen nicht vor ordentlichen Gerichten verhandelt werden? Die Menschen haben berechtigte Zweifel an der Belastbarkeit immer wiederholter Phrasen. Diese Zweifel werden noch bekräftigt, indem die CSU auch noch Spenden der Großindustrie annimmt, nämlich 565.000 Euro, empfangen vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie im Oktober 2013, passend zur Vorbereitung des Europawahlkampfes und zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir lehnen so etwas entschieden ab.

Herr Ministerpräsident, einen Vorwurf müssen Sie sich schon gefallen lassen: Der Ministerrat hat die EU-Kommission bevollmächtigt, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. "Der Ministerrat" bedeutet aber: die Regierung von CDU/CSU und FDP im Bund. Daran waren Sie maßgeblich beteiligt. Sie haben weder die öffentliche Daseinsvorsorge durch die Bereichsausnahme geschützt noch haben Sie eine Herausnahme

des Investorenschutzes angesprochen. Wenn Wirtschaftsminister Gabriel aktuell noch nachzubessern versucht, darf das nicht auf Kosten einer ansonsten kritiklosen Zustimmung Deutschlands in diesen Bereichen erfolgen. Diese Sorge treibt mich um.

Die althergebrachten Spielchen der CSU haben auch einen guten Teil zur Europaskepsis in der Bevölkerung beigetragen: Das gibt uns Brüssel vor, wir können nicht anders, wir würden gerne, aber - - Wir haben es auch heute von der Ministerin gehört.

Ich möchte ein paar Stichworte nennen und zunächst an das Landesbankdesaster erinnern.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hören Sie nicht gern!)

– Das wollen Sie nicht hören, das ist mir schon klar. Hier erzählt Staatsminister Söder das Märchen, die EU erzwingt den Verkauf der GBW-Wohnungen, dies werde alternativlos von der Kommission gefordert. Dumm gelaufen; denn die Kommission hat gerade klargestellt, dass es eine Entscheidung der Staatsregierung war.

Ein Dauerbrenner ist zum Beispiel die Agro-Gentechnik. Auch um die Agro-Gentechnik gibt es immer wieder Winkelzüge und Wendungen der CSU. Es ist ein Trauerspiel nach allen Regeln der Kunst. So wird Politikverdrossenheit befeuert. Das Bundeskabinett entscheidet sich für eine Enthaltung. Diese Enthaltung war faktisch aber eine Zustimmung. Die CSU hat die Interessen ihrer 3,5 Millionen bayerischen Wähler nicht vertreten. Im Koalitionsvertrag mit der SPD steht nämlich: "Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an". Warum handeln Sie denn nicht so, wie Sie es den Bürgern versprechen?

Oder die neueste Staubsaugersaugleistungsposse, Ökodesign-Richtlinie nennt sich das. Die CDU wettert massiv dagegen, die CSU-Wahlkämpfer betonen, dass ein führender deutscher Hersteller davon profitiert, wenn man die Wattzahlen begrenzt.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ein bayerischer!)

– Mir hat man gesagt, es ist ein deutscher. Meine Damen und Herren, im Jahr 2009 hat die Europagruppe dieser Richtlinie zugestimmt. Warum schimpfen Sie denn jetzt darüber?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie immer!)

Die CSU in Europa bedeutet Überregulierung zu Hause.

Oder die abenteuerliche Kehrtwende der CSU bei der Trinkwasserprivatisierung. Am 10. Dezember 2012 stimmte der deutsche Vertreter im EU-Ministerrat für die Konzessionsrichtlinie. Die CSU wollte die Trinkwasserprivatisierung, sonst hätte sich die Bundesregierung wie kürzlich bei der Maissorte 1507 wegen Uneinigkeit enthalten. CSU-Mann Markus Ferber wird noch am 15. Februar 2013 im "Münchner Merkur" folgendermaßen zitiert: "Die Bundesregierung hat keine Möglichkeit mehr, das aufzuhalten." Heute wissen wir, dass man das gekonnt hätte. Die CSU hätte dann einen Gesichtsverlust hinnehmen müssen. Ihre Fehlentscheidung wurde Gott sei Dank durch die europäische Bürgerinitiative "Right2Water" korrigiert. Nur durch den Druck der Öffentlichkeit wurden die CSU-Vertreter dazu gezwungen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Auf unseren Druck!)

im Europaparlament dagegenzustimmen.

Ich hoffe, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist klar, dass es keine Garantie dafür gibt, dass die CSU im Europaparlament und die Kommission nach der Wahl wieder zu den alten Absichten zurückkehren. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die CSU einen Unsicherheitsfaktor für unsere bewährte Trinkwasserversorgung darstellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Seit Jahrzehnten sitzt die CSU mit am Tisch oder könnte mit am Tisch sitzen, wenn ihre Vertreter ihre Posten ernst nehmen würden. Es ist eigentlich beschämend, wenn

man Sprüche und Realität genauer analysiert. Da sitzt in Brüssel das große Monster der Paragraphen. Frau Ministerin hat es ausgeführt; der Beamtenapparat ist zu groß. Die ganzen Rechenbeispiele der Kommission, die das begründen, helfen uns auch nicht weiter; die Vergleiche mit den Nationalstaaten hinken. Aufgebläht wurde dieser Apparat von den verantwortlichen Politikern selber, von den Nationalstaaten gespeist, mit zunehmender Macht versorgt. Wir wollen zu Recht die um sich greifende "Beamtenkratie", wie sie unter anderem von den CSU-Vertretern in Brüssel mehr und mehr verfestigt wird, nicht mittragen.

Richtig: Die Zahl der Kommissare muss verringert werden. Richtig ist aber auch, dass die Zahl der Kommissare eigentlich am 1. November 2014 auf zwei Drittel gesenkt worden wäre. Der Vertrag von Lissabon hat das nämlich vorgesehen. Allerdings hat sich unsere Bundeskanzlerin Merkel massiv mit eingebracht, sodass dieser Vertrag nicht umgesetzt wurde.

Wenn wir mal schauen, wer da mit unserer Bundeskanzlerin regiert hat, stellen wir fest: Unser Ministerpräsident ist auch mit dabei gewesen. Also, liebe Vertreter der CSU, nicht auf Brüssel schimpfen. Hausaufgaben nicht gemacht, setzen, sechs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mehr Mitsprache des Volkes direkt über die gewählten Vertreter – das klingt doch wunderbar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie nur daran erinnern, dass Sie den Antrag, den die FREIEN WÄHLER vor drei Wochen eingebracht haben, abgelehnt haben. Wir FREIEN WÄHLER werden uns mit aller Kraft weiterhin dafür einsetzen, unsere Kommunen zu stärken, die Regionalität zu leben, die Subsidiarität in Brüssel einzubringen.

Die EU-Kommission wirbt aktuell mit dem Slogan: "Europawahl 2014: Diesmal geht's um mehr!" Für kaum einen Mitgliedstaat ist das so zutreffend wie für Deutschland. In Deutschland ist die 3-%-Hürde weggefallen. Es geht keine Stimme mehr verloren. Ich

versichere Ihnen, jede Stimme für die FREIEN WÄHLER ist ein Zugewinn an Demokratie und Kontrolle der Macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden jede Stimme nützen, um mehr Transparenz, um mehr Mitsprache und mehr Gerechtigkeit nach Brüssel zu tragen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Müller. Bitte bleiben Sie noch. Im letzten Moment hat sich Kollege Rinderspacher zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Kollegin Müller, ein herzliches Dankeschön für Ihre sehr charmanten Ausführungen. Vieles, was Sie über die Verantwortlichkeiten der CSU gesagt haben, kann man nur unterstreichen. Das war sehr pointiert dargestellt.

Allerdings habe ich doch eine Nachfrage. Sie sprachen nonchalant im Vorbeigehen davon, dass die FREIEN WÄHLER für eine Parallelwährung eintreten. Könnten Sie vielleicht in aller Kürze erläutern, was da dahintersteht? Das müssen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern schon erfahren.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Ja, das machen wir gerne.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kann ich nachher auch noch machen!)

Markus Rinderspacher (SPD): Lassen Sie mich das kurz noch ausführen. Das würde natürlich für Ihre Klientel bedeuten – Sie sagen ja immer, die FREIEN WÄHLER seien die Mittelstandspartei –, dass ganz schön viel ins Wanken gerät. Ich habe vorhin ausgeführt, dass die bayerische Wirtschaft in erheblichem Maße vom Export abhängig ist. 53 % der bayerischen Ausfuhren gehen ins europäische Ausland. Und Sie fabulieren

von Parallelwährungen in Europa mit der Konsequenz, dass die bayerische Wirtschaft ins Schlingern geraten würde, dass Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr wären.

(Beifall bei der SPD und der CSU – Zuruf von der CSU: Unverantwortlich!)

Diesen Punkt können wir Ihnen hier in dem Hohen Hause nicht durchgehen lassen. Das könnten Sie vielleicht im Bierzelt machen; da kommt das vielleicht gut an. Aber wenn Sie hier so nonchalant ansprechen, dass Sie für Parallelwährungen eintreten mit dramatischen Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern, dann sollten Sie das doch etwas intensiver ausführen.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Ich halte das nicht für unverantwortlich. Wir wissen natürlich, dass Bayern vom Export abhängig ist. Dazu stehen wir, wir brauchen den Export. Aber das hat nichts damit zu tun, dass wir zum Beispiel Griechenland den Euro lassen, aber gleichzeitig durch eine Parallelwährung - sprich zurück zur Drachme - innerhalb des Landes wieder für Stabilität sorgen können.

(Zuruf der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Wir haben Ausführungen von Professor Hankel, der das genau durchdacht hat. Das ist keine Haarspalterei. Und ich musste ja noch sechs Minuten Redezeit unserem Hubert Aiwanger überlassen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir sind fest davon überzeugt, dass hier ein Land wieder schneller zu Stabilität kommen kann: den Euro für den Export, und innerhalb des Landes tatsächlich eine regionale Währung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich gebe Ihnen gleich Beispiele für die Parallelwährung!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Müller. Die nächste Rednerin ist Frau Christine Kamm von den GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, am heutigen Tag auch liebe Europäerinnen und Europäer! Zumindest sollten Sie sich heute so fühlen.

Liebe Kollegin Müller, es ist schade, dass Sie nicht am Montag bei unserem Fachgespräch dabei waren. Wir hatten einen Kenner der Finanzsituation im südosteuropäischen Raum zu Gast, der uns sehr viel über die wirtschaftliche und finanzielle Situation dort erläutert hat und auch bei der EU-Task-Force in Griechenland mitgewirkt hat. Vielleicht wären diese Erkenntnisse ganz hilfreich gewesen.

Jetzt aber zu Ihnen, Frau Ministerin. Wir haben uns natürlich gefragt: Warum bekommt man erstens die Regierungserklärung nicht vorher, und zweitens, was wollen Sie uns mit dieser Regierungserklärung sagen? Wollen Sie uns damit sagen, dass die CSU gespalten ist, dass es einige europafreundliche Teile gibt, die in Europa unterwegs sind und sich gerne als große Europäer feiern lassen, und Teile hier in Bayern, die nicht müde werden, Europa mit überbordender Bürokratie gleichzusetzen und Abschottung zu predigen?

Vielleicht einige Zahlen hierzu zum Vergleich: Sie haben kritisiert, dass die EU ihren Haushalt um 5 % erweitert hat. Das kann und soll man natürlich im Europäischen Parlament kritisieren. Darüber lässt sich trefflich streiten. Aber hier eine Zahl aus Bayern: Bayern hat seinen Haushalt in den letzten fünf Jahren um 31 % ausgeweitet. Uns steht es nicht an, uns in Sachen Bürokratie als Lehrmeister aufzuspielen. Gerade Bayern steht es nicht an, sich als Lehrmeister in Sachen Bürokratievermeidung aufzuspielen. Da gibt es genug Beispiele dafür, wo man besser bei uns anfangen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch eine kleine Anekdote: In Brüssel hat Herr Bocklet einem Gesprächspartner signalisiert, er möge das mit den Verlautbarungen aus Bayern nicht so ernst nehmen. Das wäre so etwas Ähnliches wie Folklore.

(Lachen bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Ist das so?)

Vielleicht war Ihre Regierungserklärung auch ein Teil dieser Folklore. Aber so eine Folklore wollen wir in Bayern nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen Ihnen: Abschottung löst keine Probleme. Euroskeptiker bieten keine Lösung an, sondern Stillstand. Wir brauchen aber Lösungen für wichtige Zukunftsfragen, die schon lange nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene, geschweige denn auf bayerischer Ebene gelöst werden können.

Wir sagen, Bayern verdankt Europa sehr viel. Bayern muss sich für dieses Europa auch stark machen.

Wir haben jetzt, 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, Frieden in Europa. Es ist wichtig, diesen Frieden zu erhalten und für die Zukunft zu sichern. Dieses Europa war die erfolgreiche Antwort auf den engstirnigen Nationalismus, der in Europa so lange seine zerstörerische Kraft entfaltet hat und zu dem wir nicht zurückkehren wollen. Die europäische Einigung hat Frieden, Freiheit und Demokratie gebracht. Sie hat wichtige Errungenschaften gebracht. Sie hat den Eisernen Vorhang überwunden. Frieden und Freiheit sind für uns jetzt selbstverständlich. Wir müssen aber diese Werte verteidigen und Sorge dafür tragen, dass sie auch morgen und übermorgen selbstverständlich bleiben.

Dazu gehört auch die Stärkung einer europäischen Außenpolitik. Auch in der Frage unserer Beziehungen zur Ukraine und Russland muss Europa klarer eine europäische

Sprache sprechen, weil die Interessen Europas und die Interessen der NATO nicht unbedingt immer dieselben sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen, Säbelrasseln ist fehl am Platz. Die Krise muss mit besserem Dialog, besserem Verständnis und besserer Kommunikation gelöst werden. Wir sagen auch: Die Schuldenkrise ist noch nicht gelöst. Dazu brauchen wir mehr als Gedanken über Parallelwährungen, sondern wir müssen sehen, wie die Probleme der Länder, die ihre Schulden nicht begleichen können, gelöst werden können.

Eine Möglichkeit wäre, sich im Rahmen einer internationalen Schuldenkonferenz mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Es ist einfach wahr, dass Griechenland, egal, was Sie machen und was Sie Griechenland alles erklären, 320 Milliarden Euro Staatsschulden nicht begleichen kann. Das wird nicht gehen. Griechenland wird dies auch nicht über die nächsten vier Generationen schaffen. Insofern brauchen wir eine andere Lösung als die jetzige, indem wieder 9 Milliarden Euro aus Rettungstöpfen an Griechenland überwiesen werden, die im Übrigen gleich wieder zur Schuldentilgung an den ESF zurücküberwiesen werden. Es ist notwendig, darüber nachzudenken, wie wir diese Probleme lösen. Da haben wir noch viel zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt noch einiges dazu sagen, was wir Europa noch verdanken. Wir verdanken Europa nämlich sehr viel, gerade wir in Bayern. Europa ist Vorreiter bei der Gleichberechtigung. Bürger- und Menschenrechte sind vor europäischen Gerichten einklagbar. Ich bin mir sicher: Bei der Umsetzung der Frauenquote gerade auf den Führungsebenen sowie der Forderung gleicher Lohn für gleiche Arbeit wären wir in Bayern noch weiter hinten, als wir es jetzt leider immer noch sind.

Es geht um das Thema Inklusion. Inklusion muss Schutz vor Diskriminierung bieten. Hier ist noch viel zu leisten. Ohne Europa hätten wir damit aber noch gar nicht angefangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir öffnen unsere Schulen und Hochschulen. Millionen Studierende stehen für europaweites Lernen. Es ist sehr schön, Schulen zu besuchen, in denen das COMENIUS-Projekt und demnächst auch das ERASMUS-Projekt umgesetzt werden. Sie profitieren in enormem Umfang vom grenzüberschreitenden Lernen.

Ich möchte noch etwas zum Thema Umwelt und Naturschutz sagen. Ich habe manchmal den Verdacht, einige von Ihnen könnten Umwelt- und Naturschutz, der durch die europäische Ebene vorangebracht wurde, mit Bürokratie verwechseln. Durch die Bemühungen, die auf europäischer Ebene angestoßen wurden, wurde aber erreicht, dass europaweit die Luft sauberer, die Flüsse gesünder und die Produkte sicherer werden. Auch der ökologische Landbau genießt eine breite Unterstützung. Bei diesen Initiativen, die Europa angeschoben hat, hapert es bisweilen an der Umsetzung, gerade auch in Bayern. Ich nenne zum Beispiel die Wasserrahmenrichtlinie. Nach wie vor muss Bayern seine Hausaufgaben besser erledigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne die Luftreinhalterichtlinie. Auch hier gäbe es noch viel zu tun. Die Zahl von 500.000 Krankheitsfällen allein in Deutschland und 25 Todesfällen aufgrund chronischer Bronchitis ist alarmierend. Wir müssen mehr zur Sicherstellung der Luftqualität beitragen. Von der Umsetzung ist Deutschland jedoch weit entfernt. Man behilft sich mit Fristverlängerungen – wirksame Maßnahmen fehlen nach wie vor.

Ich nenne das Beispiel Artenschutz. Der Rückgang der Arten ist ein schwerwiegendes Problem in allen europäischen Ländern. Bereits 1979 trat die Vogelschutzrichtlinie in Kraft; die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie folgte. Wir verdanken dieser Richtlinie, dass

mittlerweile immerhin 13 % unserer Landesfläche wenigstens einen irgendwie gearteten Naturschutzstatus genießen. Ohne Europa wäre es nie so weit gekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der REACH-Verordnung sind bahnbrechende Neuerungen eingetreten. Neue Chemikalien müssen erst auf ihre Gesundheits- und Umweltschädlichkeit geprüft werden, bevor sie eingesetzt werden. Diese Vorsorge ist weltweit einmalig. Damit sind Standards gesetzt worden, und zwar Standards, die nie und nimmer durch die TTIP-Pakete gefährdet oder rückgeholt werden dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt haben wir in den letzten Wochen im Europaausschuss schon sehr viel Kritik zum Thema TTIP geübt, sodass ich aus Zeitgründen hier nicht weiter darauf eingehen möchte.

Auch bei der Gentechnikfreiheit brauchen wir Europa. Dazu brauchen wir aber eigentlich auch kluge Politikerinnen und Politiker im Europäischen Parlament, die hierfür Sorge tragen und sich nicht mit starken Enthaltungen vom Acker machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage noch einmal: Europas Skeptiker bieten keine Lösungen an. Wir brauchen aber Lösungen für Zukunftsfragen, und wir werden dafür weiter kämpfen.

Ein weiteres Beispiel ist die Klimaschutz- und Energiepolitik. Ich nenne beispielsweise die entscheidende Rolle des EU-Emissionshandels. Diese darf nicht mehr länger ausgebremst werden, weder durch Rot noch durch Schwarz noch durch die Bundeskanzlerin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der für Energie zuständige EU-Kommissar Oettinger weiß zwar viel; aber er versagt, wenn es darum geht, Konzepte für eine nachhaltige Energieversorgung für morgen zu entwickeln, und handelt leider als verlängerter Arm der Atom- und Kohlelobby.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die derzeitige Abhängigkeit der Europäischen Union vom Import fossiler Rohstoffe muss beendet werden. Schon heute kosten die Importe von Öl und Gas die Volkswirtschaften der Europäischen Union mehr als 430 Milliarden Euro. Das sind Kosten, die vor allem auch die Finanzen unserer Krisenländer schädigen. Eine Verringerung des europäischen Kohle-, Gas- und Erdölverbrauchs trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern würde Europas Wirtschaftskraft deutlich voranbringen. Diese 430 Milliarden Euro können sinnvoller eingesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können es auch deshalb, weil der Energiebedarf in Europa dank der guten Voraussetzungen vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden könnte.

Kommen wir zum Thema Atomausstieg. Auch hier gibt es Ankündigungen des Energiekommissars, aber keine Taten – Ankündigungen, dass er den Stresstest voranbringen will, Ankündigungen, dass er für mehr Sicherheit in Atommeilern sorgen will. Diesen Ankündigungen folgen wenige Handlungen. Das sind minimale, langsame Schritte. Zudem hat er zugesagt, dass er auch die Versicherungspflicht für die europäischen Atomkraftwerke voranbringen will und dass Europa endlich angemessen mit dem Atom Müll umgehen muss. Aber auch hier ist bis jetzt nicht sehr viel passiert. Eine realistische Versicherung der möglichen Schäden würde den Atomstrom bereits heute unwirtschaftlich machen. Wir fordern europaweit eine sachgerechte Haftung der Betreiber. Diese ist momentan überhaupt noch nicht in Sicht. Das ist etwas, wozu wir Europa brauchen; denn Atomkraftwerke verursachen auch grenzüberschreitend Schäden. Hier muss in Europa endlich mehr gehandelt werden.

Wir bedauern natürlich auch, dass Oettinger beim Thema Energieeffizienz versagt. Die versprochene Energieeffizienzsteigerung um 20 % ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Die bisherigen Ansätze werden gerade auch von unseren Unternehmen dazu benutzt, ihre eigenen Lobbyinteressen durchzudrücken, und gebären dadurch bürokratische Monster. Die Ursache dafür ist aber nicht unbedingt Europa, sondern die Ursache sind teilweise unsere Unternehmen, wenn zum Beispiel versucht wird, bestimmte Produkte, zum Beispiel von Siemens, als europäischen Standard zu definieren. Das ist nicht sachgerecht. Europa muss sich mehr gegen den Lobbyismus wehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie kann sich Europa stärker gegen den Lobbyismus wehren? - Wir müssen Europa reformieren. Dazu gehören verschiedene Maßnahmen: Zum einen brauchen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments, zum anderen eine Stärkung der Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die europäische Bürgerinitiative Right2Water hat gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger erfolgreich sein können, wenn sie sich engagieren. Keine Demokratie, auch nicht in Europa, kann ohne kritische Bürgerinnen und Bürger auskommen. Wir müssen ihnen die entsprechenden Instrumente an die Hand geben und für Transparenz sorgen, dafür sorgen, dass die notwendigen Informationen fließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So können wir am ehesten diesen überbordenden und zum Teil nicht sinnvollen Regelungen entgegentreten.

Ein weiterer Mechanismus ist die Stärkung der Regionen. Wir sind absolut der Meinung, dass der Subsidiaritätsmechanismus gestärkt werden muss und dass die Einwendungen der nationalen und regionalen Parlamente ernster genommen werden müssen, als dies bisher getan wird. Dazu müssen wir uns gemeinsam anstrengen, und das tun wir auch.

Wir wollen weiter dafür sorgen, dass die Menschenrechte in Europa für alle gelten. In den letzten Monaten gab es einige unschöne Äußerungen, insbesondere zur Situation der Sinti und Roma. Wir meinen, dass wir diesen Problemen am ehesten durch gemeinsame Anstrengungen gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma entgegen treten können. Wir wollen die europäische Roma-Strategie flächendeckend umsetzen, auch hier in Bayern; denn auch in Bayern werden Sinti und Roma leider nach wie vor diskriminiert, beispielsweise in unserem Bildungswesen. Hier müssen wir handeln. Aber wir müssen partnerschaftlich grenzüberschreitend handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Debatten über Einschränkungen der Freizügigkeit lösen das Problem nicht, sondern das Problem kann nur durch gemeinsames Handeln gelöst werden.

Die Kampagne über Sozialhilfebetrug durch Sinti und Roma, die Sie nach Weihnachten unchristlicherweise losgetreten haben, geht aufgrund der Datenlage völlig ins Leere. Wir haben nachgefragt und festgestellt, dass es beispielsweise im Jahr 2012 – für 2013 bekamen wir die Zahlen leider noch nicht – gerade einmal zehn Fälle von Sozialleistungsbetrug durch rumänische und keinen einzigen Fall durch bulgarische Bürgerinnen und Bürger gegeben hat und dass 90 % der Sozialhilfebetrüger schlicht und einfach Bayern sind, deutsche Staatsangehörige. Dies zeigt, dass wir ganz woanders ansetzen müssen. Wir müssen nämlich dort ansetzen, wo Menschen durch Migration von gewissenlosen Immobilienbesitzern, die die letzten Kaschemmen mit Leuten vollpfropfen, ausgebeutet werden. Hier muss mehr gehandelt werden.

Auch beim Missbrauch von Scheinselbstständigen muss mehr gehandelt werden. Wieso haben wir in Deutschland 200.000 selbstständige Regalauffüller, soundso viele selbstständige Baustellenreiniger usw.? - Das liegt einfach daran, dass wir arbeitsrechtliche Regelungen haben, die missbraucht und dazu verwendet werden können, Menschen auszubeuten und an den Rand zu drängen. Gegen diese Regelungen und gegen diese Praktiken müssen wir vorgehen.

Wir müssen auch mehr dafür tun, dass das Gemeinwesen in den Städten gestärkt wird und dass das Programm "Soziale Stadt", das in der letzten Legislaturperiode schändlicherweise abgewürgt worden ist, endlich wieder anständig belebt wird.

Wir wollen nicht, dass in den nächsten Wochen weitere Kampagnen dieser Art von Ihnen losgetreten werden.

Besorgniserregend ist, dass das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig feststellt, dass beispielsweise beim Thema Ausländerfeindlichkeit und beim Thema Antisemitismus die Werte in Bayern deutlich höher sind als im gesamten Bundesgebiet. Dies dürfen wir nicht noch durch entsprechende Rhetorik zu unterstützen, sondern es gilt, diesem deutlich von oben entgegenzuwirken und entgegenzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen ein Europa, das ernst macht mit Menschenrechten, ein Europa, das sich wirklich ernsthaft um Zukunftsfragen kümmert und das nicht verkümmert mit Bemerkungen wie: Europa muss nur möglichst klein werden; dann wird alles wieder gut.

Wir wollen ein Europa, das die Menschenrechte sichert, das die Reisefreiheit weiterhin sichert, das die Schuldenkrise engagiert angeht und das den Klimaschutz sowie die Investitionen in Arbeitsplätze, gerade in den Krisenländern, voranbringt. Wir wollen ein Europa für morgen. Wir wollen ein Europa für die Jugend. Wir wollen ein Europa, das endlich damit aufhört, Menschen an den Grenzen so zu behandeln wie derzeit. Menschen dürfen an Europas Grenzen nicht mehr ums Leben kommen. Ihnen muss geholfen werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kamm. – Nun erteile ich Thorsten Schwab von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin Merk, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rinderspacher von der SPD-Fraktion hat gerade gemeint, Horst Seehofer als Ministerpräsident habe es nicht als notwendig erachtet, sich hier zum Thema Europa zu äußern. Dazu kann ich nur sagen, dass das bei uns so funktioniert: Europa gehört der Jugend und den Jüngeren. So wird das bei uns in der Fraktion gehandhabt. Das sieht man an den heutigen Rednern. Das sind Zukunftsthemen. Deswegen bekommen heute die Neuen bei uns einmal eine Chance.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Das ist wieder eine Diskriminierung des Ministerpräsidenten! – Diana Stachowitz (SPD): Was soll das jetzt wieder?)

Wenn wir heute über die Europäische Union reden, dann denken die Menschen spontan an Richtlinien, Bürokratie und Gängelei. Das müssen wir wieder ändern. Wir Jüngeren sagen: Wir müssen wieder mehr die Vorteile Europas für unser Leben herstellen. Deshalb herzlichen Dank an Frau Staatsministerin Merk für ihre Regierungserklärung, in der sie uns wieder die Vorzüge der Europäischen Union und ihrer Einheit in Europa vor Augen geführt hat.

(Thomas Gehring (GRÜNE): War das notwendig?)

Um wieder mehr Akzeptanz für Europa erreichen zu können, müssen wir Bürokratie abbauen und zur Subsidiarität zurückkehren. Die Europäische Union hat für Bayern viele Vorteile gebracht. Bayern profitiert mit seiner exportorientierten Wirtschaft in besonderem Maße von Europa. Die Herausforderungen liegen jetzt darin, eine ausgewogene Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Brüssel, den Mitgliedstaaten und den Regionen zu erreichen. Wir wollen nicht mehr Europa, sondern ein besseres Europa.

Bereits in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 hat Ministerpräsident Seehofer die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Europäischen Union betont. Es kommt darauf an, sowohl weitere Ausdehnungen des Bürokratieapparates in Brüssel als auch zusätzlichen Aufwand für die Verwaltungen, die Mitgliedstaaten und die dorti-

gen Unternehmen sowie die Bürger zu vermeiden. Wir brauchen ein Europa der Subsidiarität, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben beschränkt und nicht ständig mehr Reglementierung und Zentralismus produziert.

Europa muss sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren, bei denen ein gemeinsames Handeln der Europäer notwendig ist. Europa soll sich nicht in die Belange einmischen, die Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können.

Funktionierende Strukturen dürfen nicht gefährdet werden. Ich denke da zum Beispiel an die Bestrebungen, die Beschränkung der Weinanbauflächen EU-weit aufzuheben. Es hätte nicht nur Auswirkungen auf unsere Winzer, sondern auch auf die einprägsame fränkische Kulturlandschaft, wenn die typischen Steillagen in Franken nicht mehr bewirtschaftet werden würden.

Auch Glühbirnen, Duschköpfe, Tachographen oder Olivenkännchen in Restaurants kommen ohne EU-Vorgaben aus. Wir vertrauen auf unsere Kommunen, die unsere Trinkwasserversorgung gewährleisten. Brüssel soll und muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken und darf sich nicht überall einmischen. Den Grundsätzen der Sparsamkeit und Konsolidierung muss sich auch der EU-Apparat unterwerfen.

Insgesamt betrachtet, muss sich die Europäische Union weiterentwickeln, um künftigen Herausforderungen gerecht zu werden und auch auf Dauer auf Akzeptanz in den Mitgliedstaaten zu stoßen. Dazu gehört eine Konzentration der Kommission, die Verbesserung ihrer Arbeitsfähigkeit genauso wie die Besinnung auf grundlegende Aufgaben. Langfristig sollte die Zahl der Kommissare durch eine Vertragsänderung insgesamt verringert werden. Hier kann die Neubesetzung der Kommission nach den Europawahlen eine Chance sein. Entsprechende Regelungen wird der neue Kommissionspräsident finden müssen.

Verwaltungskosten und Regelungsdichte bei der EU müssen abgebaut werden. Größere Entscheidungsspielräume vor Ort müssen wieder möglich sein. Die Bürokratieabbaukommission unter Vorsitz unseres ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund

Stoiber hat hier Erfolge zu verzeichnen. Wir haben im Europaausschuss vor einigen Wochen einen tollen Bericht von ihm bekommen. 300 Gesetze wurden beleuchtet. 3,8 Milliarden Euro konnten allein durch elektronische Übermittlung der abzuführenden Mehrwertsteuer bei den Betrieben eingespart werden.

(Unruhe bei der SPD)

Das sagen nicht nur wir von der CSU, das sagt auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die es sehr begrüßt hat, dass so viele Regelungen neu durchleuchtet worden sind. Der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Herr Gaffal, sagt auch, er fühle sich durch die Staatsregierung in Brüssel, in der EU gut vertreten und in der Vertretung durch die Staatsregierung gut aufgehoben.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten auch darauf verzichten, auf EU-Richtlinien eigene Regelungen aufzusatteln, und zum Prinzip der Eins-zu-eins-Umsetzung zurückkehren. Gerade im Hinblick auf die Europawahl am 25. Mai brauchen wir eine Rückkehr zum Europa der Chancen und kein Verzetteln im Europa der Bürokratie. Es gilt: Weniger ist mehr. Weniger Regelungen führen zu mehr Akzeptanz für Europa.

Wenn ich auf die Wortmeldung der FREIEN WÄHLER zurückkommen darf: Frau Müller, Sie kritisieren ziemlich viel. Aber wenn Sie einmal in Europa auch Funktionen haben, müssen Sie, glaube ich, mehr Werbung für ein geeintes Europa machen und dürfen weniger kritisieren; denn bisher machen Sie keine Werbung für Europa, bringen Sie keine Steigerung der Beteiligung an der Europawahl.

(Beifall bei der CSU)

Europa bietet gerade für die jüngere Generation viele Chancen. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Vorzüge in den Vordergrund zu stellen, indem wir uns wieder auf die Kernbotschaften europäischer Politik beschränken.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Schwab. Der nächste Redner ist Hubert Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über Europa, und ich glaube, das ist dringend nötig. Wir brauchen ein Europa der Bürger, weniger ein Europa der Lobbyisten. Wenn Sie mit den Bürgern draußen sprechen, stellen Sie fest, dass sie zu Europa stehen, sich aber deshalb Sorgen machen, weil sie sehen, dass sie immer mehr abgehängt und von Entscheidungen überrascht werden, die in der Bevölkerung eigentlich nicht mehrheitsfähig sind.

Frau Merk hat am Anfang gesagt, die Politiker hätten vielleicht häufig Angst vor den Bürgern und müssten die Bürger mehr einbinden. Dazu sage ich: Ja, nur zu! Meine Damen und Herren, binden Sie die Bürger ein! Sie haben aber leider die Bürger nicht eingebunden, als es um die Einführung des Euro gegangen ist. Niemand wurde gefragt, ob der Euro kommen soll und wie er kommen soll. Genauso wenig binden Sie heute die Bürger ein, wenn es um das Freihandelsabkommen geht. Sie haben als Bundesregierung dafür die Verantwortung, dass das so intransparent abläuft, wie es abläuft.

Wir haben in den Landtag einen Vorschlag eingebracht, der vorsieht, in Deutschland eine Volksabstimmung zum Freihandelsabkommen zuzulassen. Dieser Vorschlag wurde von Ihnen abgelehnt. Herr Söder hatte das aber vor einiger Zeit im Wahlkampf-vorgeplänkel selber gefordert. Er bleibt jedoch jede Aktion schuldig, das auch umzusetzen. Das heißt: Immer wenn es heiß wird, kündigen Sie irgendwelche demokratischen Erweiterungen an. Sie kündigen an, die Bürger einzubinden. Wenn die Wahl vorbei ist, wollen Sie davon nichts mehr wissen.

Mein großer Appell an Sie gerade beim Freihandelsabkommen: Öffnen Sie endlich die Türen, lassen Sie die Bürger wissen, worum es dabei überhaupt geht, und achten Sie

auf das, was die Bürger wollen! Die Bürger wollen in ihrer erdrückenden Mehrheit eben keine Gentechnik auf dem Teller zwangsverordnet bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was tun Sie dagegen? - Gar nichts. Sie enthalten sich kraftvoll mit der Folge, dass die Gentechnik salonfähig wird.

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auf, die Bürger endlich zu Wort kommen zu lassen und einzubinden. Machen Sie Volksabstimmungen dazu! Dazu brauchen Sie vielleicht nicht unbedingt das Grundgesetz zu ändern. Dort ist doch die Möglichkeit genannt, dass das Volk in Wahlen und Abstimmungen entscheidet. Selbst wenn die Abstimmung dann die Regierenden nicht in eine Richtung zwingen sollte, genauso wie es bei Ihrem bayerischen Vorschlag ist, könnte man im Prinzip eine TED-Umfrage durchführen. Machen Sie eine solche Umfrage einmal zum Freihandelsabkommen; dann werden Sie sehen, wo die Mehrheiten sind.

Konkret schlagen wir FREIEN WÄHLER vor, die Kommission auf zehn Personen zu reduzieren. Stärken Sie den Ausschuss der Regionen, lassen Sie die Kommissare auch vom Ausschuss der Regionen mitwählen! Dann können nämlich nicht ständig solche Betriebsunfälle passieren, wie wir sie derzeit erleben müssen, dass plötzlich über einen Wettbewerbskommissar die Trinkwasserprivatisierung auf das Tapet kommt, angeblich ohne dass das irgendjemand will. Wenn der Betreffende vor dem Ausschuss der Regionen Angst haben müsste - bei ihm kann man etwas mehr Sachverstand und Bürgernähe voraussetzen, als wenn man nur mit den Lobbyisten redet -, dann würde er sich überlegen, ob er solche Vorschläge macht. Er würde sie dann nämlich nicht machen.

Und noch etwas ist uns sehr wichtig, meine Damen und Herren: Wir dürfen unter der Überschrift "Wettbewerb" nicht länger die Linie "Wettbewerb um jeden Preis" fahren. Dadurch wird sehr viel an Regionalität kaputt gemacht. Da kann ein mittelständischer Handwerker eben nicht mehr konkurrieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da muss sich eine Kommune plötzlich mit Wettbewerbern auseinandersetzen, denen sie nicht gewachsen ist. Also, wir müssen den Wert der Regionalität, der kurzen Wege und damit des Schutzes von sozialen Standards und von Umweltschutzstandards sehr viel höher hängen. Ich würde sogar sagen, wir sollten diese Werte oberhalb des Wettbewerbs ansiedeln, anstatt mit der Parole "Wettbewerb über alles" alles plattzumachen, was nicht weltweit aufgestellt ist, am Ende inklusive der regionalen Bankenlandschaft,

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

die vor Fehlentwicklungen zunehmend Angst hat.

Wir sehen hier einen gewissen Nachholbedarf auch im Bereich der Finanzpolitik. Sie haben vorhin gefragt, wie das mit dieser Parallelwährung funktionieren soll. Meine Damen und Herren, da gibt es nicht nur namhafte Leute wie Professor Meyer von der Helmut-Schmidt-Universität, sondern es gibt auch gelebte Beispiele. Auf dem Balkan hatten früher im Ostblock schwache Währungen eine D-Mark, einen Dollar als stabile Zweitwährung.

(Zurufe von der CSU)

Manche Regionen führen wieder eine Zweitwährung ein, um regionale Wirtschaftskreisläufe aufrechtzuerhalten. Das ist auf alle Fälle sehr viel zielführender und leichter durchführbar als der Vorschlag der CSU, diesen Ländern das Seil abzuhacken und sie abstürzen zu lassen. Das können Sie ohnehin nicht durchsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Finanzminister Söder hat gesagt, das sei wie bei einer Seilschaft: Wenn einer nicht mehr mitkommt, tief hinten im Seil hängt und mich belastet, dann haue ich das Seil ab. – Das ist nicht unser Weg, meine Damen und Herren. Wir wollen diese Länder in die

Lage versetzen, sich aus eigener Kraft aus ihrem Dilemma herauszuarbeiten, aus einem Dilemma, in das Sie diese Länder mit hineingestürzt haben, als Sie die Aufnahme dieser Länder akzeptiert haben, obwohl sie die Voraussetzungen dafür nicht hatten. Das hat Griechenland nicht genutzt, und das hat uns nicht genutzt. Sie sagen bei den Wählern draußen, die Griechen müssten aus dem Euroraum geworfen werden, und hier schütteln Sie darüber den Kopf und sagen: Wir wollen alles so lassen, wie es ist.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die Euro-Zone so bleibt, wie sie ist, dass aber die Länder, die dem Wettbewerb nicht gewachsen sind, die Möglichkeit bekommen, wieder eine eigene Zweitwährung einzuführen und damit vor Ort wieder wettbewerbsfähig zu werden. So könnten sie ihren eigenen Wirtschaftskreislauf aufrecht erhalten und einen Beitrag dazu leisten, die Schulden zurückzuzahlen, anstatt Massenarbeitslosigkeit zu haben, die dazu führt, dass am Ende der Ofen aus ist. Wir brauchen ein Europa der Bürger und nicht ein Europa derjenigen, die es in den letzten Jahren zu einem Europa der Lobbyisten gemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Aiwanger. Die letzte Wortmeldung innerhalb der Aussprache kommt von Kollegin Mechthilde Wittmann von der CSU. Bitte schön, Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt in hervorragender Art und Weise vom niederbayerischen Dollar gehört. Ich schlage vor, wir kehren zur europäischen Politik zurück, zu dem Bereich, wo sich die Wirtschaftspolitik stellen und bewähren muss.

(Beifall bei der CSU)

Hier ist derzeit natürlich das Freihandelsabkommen das Thema, das die Bürger beschäftigt und über das wir auf der einen Seite sachgerecht aufklären. Auf der anderen

Seite müssen wir vor allen Dingen die bayerische Position in bewährter Art und Weise entscheidend einbringen, zum Beispiel über das Europäische Parlament und über unsere Parlamentarier, die bereits vor zwei Wochen im Ausschuss durch Albert Deß, einen urbayerischen Parlamentarier, einen guten Erfolg erzielen konnten, um Verhandlungsstücke zurückzunehmen. Genauso müssen wir verhandeln. Die Regierungen der Länder, mithin auch Bayern, werden sich hier im Sinne des Europas der Regionen, wie wir das als Geschäftsgrundlage immer wollten, weiterhin stark einbringen.

Meine Damen und Herren, dass uns dies gut gelungen ist, haben wir bereits gezeigt; denn die Kommission hat einen Vertreter zu uns in den Landtag geschickt. Er hat ausdrücklich betont, dass die Kommission erstmals in ein regionales Parlament geht, um sich hier Fragen zu stellen und Antworten zu geben. Sie sehen, der bayerische Einfluss ist einer der stärksten in ganz Europa. Das wollen wir weiterhin so halten. Selbst wenn wir keine rechtlich verankerte Entscheiderposition haben, wollen und werden wir Europa durch unsere Einlassungen und dadurch, wie unsere Staatsministerin, verehrte Frau Dr. Merk, und unser Ministerpräsident agieren, weiter stärken. Uns gelingt es, bayerische Positionen effizient einzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, wir sind uns darin einig, dass eine neue transatlantische Partnerschaft durch die weitere Öffnung der Märkte sehr wohl dazu beitragen kann, dass die Wirtschaft in Bayern, in Deutschland und in Europa gestärkt wird. Grundlage hierfür aber ist selbstverständlich, dass wir unsere Standards entsprechend hoch halten. Das aber hat nie jemand angezweifelt, ganz im Gegenteil. Sie sind die Grundlage für den großen Erfolg Bayerns.

Sie wissen, für Bayern sind die USA neben der EU der stärkste Exportpartner. Wir haben uns diesen großen Exportmarkt durch die Qualität und die Nachhaltigkeit unserer Produkte und Dienstleistungen erobert. Diese wurden im Übrigen auch durch die Großunternehmen, vor allem aber durch unsere kleinen und mittelständischen Unter-

nehmen und auch durch die Landwirtschaft, unsere Lebensmittelerzeuger, geschaffen. Hier wurden eine solche Qualität und solche Standards geschaffen, dass die Attraktivität und die Stärke unserer Produkte für das Ausland so interessant wurden. Deswegen ist für uns völlig unabdingbar, dass wir die Standards im Verbraucherschutz, im Arbeitnehmerschutz, in der Landwirtschaft und damit auch in der Lebensmittelqualität aufrechterhalten. Wir werden sie durch ein Freihandelsabkommen nicht gefährden lassen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es uns gelingt, die Standards, die wir in Deutschland und in Europa mit geschaffen haben, zum Maßstab der Weltwirtschaftsordnung zu machen, wird es uns gelingen, auch in der starken Partnerschaft mit den USA, soweit sie sich der Partnerschaft, wie wir sie sehen, anschließen können, erfolgreiche und weitere gute Handelsabkommen mit den sogenannten Drittstaaten abzuschließen, zu denen auch China gehört.

Damit sage ich für Bayern: Eine der Soll-Bruchstellen im Freihandelsabkommen ist die Frage, ob wir die Standards aufrechterhalten können oder nicht. Eines darf ich hinzufügen. Voraussetzung für den Zugang zu den Märkten ist unstrittig die Beidseitigkeit. Voraussetzung ist damit auch, dass die "Buy American"-Klauseln fallen müssen. Das ist einer der wichtigsten Punkte im Freihandelsabkommen, und auf ihn gehen wir bisher viel zu wenig ein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine weitere Voraussetzung nennen, die für die Bayerische Staatsregierung nicht verhandelbar ist. In Fragen des Datenschutzes wird es im Rahmen des Freihandelsabkommens nur dann eine Regelung geben, wenn sie nach unseren Standards festgelegt ist und wenn sie unzweideutig festgeschrieben ist und nachdem die Spionagevorwürfe gegen die US-Geheimdienste und andere Geheimdienste umfassend geklärt sind und das weitere Vorgehen unstrittig festgehalten ist.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, den Sie als noch offen bezeichnet haben, wo uns aber durch die bayerische Stimme ein weiterer Erfolg gelungen ist. Wir haben darauf gedrungen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge von den Debatten um das Freihandelsabkommen ausgenommen bleibt, und das ist uns auch gelungen. Wir haben hier einen weiteren Schritt angezeigt, den wir tun werden. Wir wollen keine abschließende Regelung der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wissen, dass die Entwicklung weiterschreitet. Noch vor zehn Jahren hätte niemand in diesem Hause die schnelle Breitbandversorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge gezählt. Heute aber ist dies eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Wenn Sie darauf bestehen, sind Sie mit mir einer Meinung, und darüber freue ich mich sehr. Wir können das nicht abschließend regeln, sondern müssen im Sinne der Unionsbürger und der bayerischen Bürger für weitere Entwicklungen offen bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Knackpunkt kommen, in dem wir auch eine sehr klare Haltung einnehmen, zum Investitionsschutz; Sie haben ihn bereits angesprochen. Auch hier kann es keinen Verhandlungsspielraum geben. Wir sind der Ansicht, die vergleichbaren und hoch entwickelten, vor allen Dingen aber auch gut funktionierenden Rechtssysteme in Europa und den USA bedürfen keiner parallelen Schiedsgerichtsbarkeit. Es kann nicht sein, dass Schiedsgerichte, deren Besetzung keinen rechtsstaatlichen Grundsätzen folgt, eine intransparente Entscheidung fällen, die im Übrigen nur von Unternehmen eingeklagt werden kann, die nicht aus unserem, sondern dem jeweils anderen Lande stammen.

Das verstehen wir nicht unter richtiger Rechtsfindung. Wir glauben, die Rechtssysteme beider Partner passen zueinander. Im Übrigen wäre keine Rechtsmittelinstanz vorgesehen. Dies wäre mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar. Wir werden darüber nicht mit uns verhandeln lassen. Wir glauben, dass die EU-Mitgliedstaaten über ihre

öffentlich-rechtlichen Untergliederungen zur Regelung der legitimen Ziele in den Bereichen der öffentlichen Ordnung, in den Bereichen Arbeit, Soziales, Verbraucherschutz, Umwelt, aber auch – Sie haben das angesprochen – der Stabilität des Finanzsystems, der Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit und schließlich auch der Gefahrenabwehr allein und uneingeschränkt handeln und regeln können sollen. Das muss unangetastet bleiben, und dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Meine Damen und Herren, die Europawahlen sind angesprochen worden. Wenn wir wollen, dass Bayern in Europa eine starke Stimme hat und dass Bayern in Europa seinen Einfluss weiterhin geltend machen und verstärken kann, ist es wichtig, dass wir daran in den nächsten Wochen mit Herz und Verstand gemeinsam arbeiten, dass die Menschen zur Wahl gehen und die bayerische Repräsentanz im Europäischen Parlament durch viele Abgeordnete aus den demokratischen Parteien stärken. Ich denke, hier sind wir uns einig, und ich bitte Sie alle: Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Wittmann. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere es, wenn in einer solchen Debatte Forderungen an uns gerichtet werden, die in keiner Weise dafür sprechen, dass man sich mit dem Thema Europa oder mit den Institutionen in Europa intensiv beschäftigt hat. Zum Beispiel hat Herr Aiwanger gesagt, der AdR müsse sich an der Auswahl der Kommissare beteiligen.

Ich bedauere es auch, dass die Fraktion der GRÜNEN alle Vorurteile bedient und sich als Europas Chefbürokraten darstellt, eine Partei, die wirklich noch an die gestalteri-

sche Kraft von Gesetzen und Vorschriften glaubt. Ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl hat eine eigene Sprache gesprochen und war voll davon: neue Grenzwerte in der europäischen Chemikalienverordnung – wir haben das alles heute wieder gehört -, europäische Bodenschutzrichtlinie, EU-Datenschutzregelungen, Rechtsgrundlagen für die Polizei und Ähnliches. Ich frage mich wirklich, ob wir nicht irgendwann zu dem Punkt kommen, an dem wir sagen, wir sind für die Bürgerinnen und Bürger da, wie das heute auch von einigen Rednern sehr deutlich gemacht worden ist. Lieber Herr Rinderspacher, ich tue das nicht gern, aber wenn Sie schon sagen, wir würden nur mit den üblichen Themen ankommen, dann muss ich Ihnen auch sagen: Sie haben heute eine ziemlich rhetorische Pflichtübung geliefert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich nicht gesagt! – Diana Stachowitz (SPD): Das hat er nicht gesagt!)

Es hat mir echt wehgetan, dass der europapolitische Sprecher Ihrer Partei heute seine Fachkompetenz nicht eingebracht hat. Wenn Sie uns das stillschweigend vorwerfen, dann sage ich zu Ihnen: Wir sind Taktgeber für Themen, und das haben Sie auch in vielen Punkten - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Oh! – Diana Stachowitz (SPD): Nicht für Europa, sondern Taktgeber gegen Europa!)

Wenn Sie es nicht wissen, würde ich Ihnen einfach mal Zeitungslektüre empfehlen. Dann finden Sie jede Menge Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich habe gegoogelt: Merk, Krim, Ukraine. Ich habe Sie nicht ein einziges Mal gefunden, Frau Merk! – Zurufe der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD) und Christine Kamm (GRÜNE))

Dann schauen Sie sich die Pressemeldungen an, die aus dem Haus rausgehen, und hören Sie sich unsere Reden an. Aber hier ging es um etwas anderes. Sie haben es ganz allgemein gemacht. Die Politik beim Thema Euro und Eurorettung hat Angela

Merkel auf den Weg gebracht. Sie ist von Bayern mit geprägt worden und wendet sich gerade gegen die Eurobonds.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Auch wenn Sie jetzt von den Eurobonds Abstand nehmen, sind doch Ihre europäischen Partner selbstverständlich immer noch dabei. Das ist ein Thema, mit dem wir gepunktet haben. Glauben Sie, dass die Griechen sich heute Morgen bzw. in den letzten zwei Tagen mit positiven Ergebnissen des Haushalts 2013 hätten präsentieren können, wenn es nicht gerade unsere Ziele gewesen wären,

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Bundesregierung hätte das ohne die SPD nicht gemacht! Sie waren doch gespalten!)

den Haushalt zu konsolidieren und keine weitere Verschuldung und Vergemeinschaftung von Schulden mit auf den Weg zu bringen?

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Denn für die nationalen Mitgliedstaaten ist es der wesentliche Punkt, ihre Finanzen zu ordnen.

Beim Thema Freihandelsabkommen haben wir selbstverständlich sehr frühzeitig gesagt, wo Knackpunkte und Schwierigkeiten sind und dass vor allem das Thema Transparenz ein ganz wichtiges Thema ist, das wir auf den Weg bringen können.

(Diana Stachowitz (SPD): Sie hätten doch Transparenz schaffen können! Das ist die Aufgabe der Nationalstaaten!)

Was andere im Moment noch nicht verstehen, ist die Tatsache, dass nicht die Bundesregierung allein über die Transparenz entscheidet, sondern dass solche Themen natürlich zwischen den beiden Verhandlungspartnern zu klären sind. Darauf wirken wir alle hin. Auch Ihr Bundeswirtschaftsminister Gabriel spricht dieses Thema jetzt sehr deutlich an und sagt, wir brauchen Transparenz.

(Diana Stachowitz (SPD): Seit November sprechen wir das an!)

Wir haben im Übrigen eingebracht, dass wir keinerlei geklontes Fleisch, Hormonfleisch oder Ähnliches auf unseren Tellern haben wollen, Frau Kamm.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir wollen diese Importe nicht. Wir sind auf den Schutz unserer Lebensmittelerzeugung ganz besonders stolz, haben diese Standards mit großen Anstrengungen in Europa durchgesetzt und wollen sie weiterhin beibehalten.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Frau Mechthilde Wittmann hat das eben sehr deutlich gemacht: Wir waren diejenigen, die das Thema Trinkwasser gegen die Liberalisierungsbemühungen von Barnier verteidigt haben.

Wir sind diejenigen, die permanent für das Thema Subsidiarität eintreten. Wir sind diejenigen, die eine Erweiterung der Europäischen Union mit Augenmaß anmahnen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich nenne das Stichwort Türkei. Wir sind diejenigen, die Sozialmissbrauch angeprangert haben, und lassen uns keinesfalls sagen, dass wir nicht klare Bekenntnisse zur Freizügigkeit gegeben hätten. Der Ministerpräsident hat in einer Vielzahl von Reden immer wieder deutlich gemacht, dass das Thema Freizügigkeit eines der wesentlichsten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das können Sie jetzt auf jeden Fall in allen Zeitungen nachlesen.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Es waren Ihre Oberbürgermeister und Präsidenten der Städtetage, die in ihren Schreiben deutlich gemacht haben, der innere Friede könne gefährdet sein, wenn wir uns in diesem Punkt nicht einmischen.

(Markus Rinderspacher (SPD): In einem ganz anderen Zusammenhang!)

Sagen Sie bitte nicht, dass es hier eine Zurückhaltung vonseiten Ihrer Bürgermeister gegeben hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir bei diesen Punkten viel näher beieinander sind, als Sie es dargestellt haben. Ich habe damit überhaupt kein Problem. Ich habe nur ein Problem damit, lieber Herr Rinderspacher, wenn Sie die Themen, die wir jeden Tag in unseren Reden, in unseren Äußerungen, in unseren Erklärungen nach draußen geben und auch den Bürgern deutlich machen, ignorieren und unter den Tisch fallen lassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Seit 15 Jahren hat es keine Regierungserklärung zur Europapolitik im Parlament mehr gegeben, Frau Ministerin! – Diana Stachowitz (SPD): Keine Ängste schüren!)

Das ist zwar die Aufgabe der Opposition. Aber, sorry noch einmal, es ist meine Aufgabe, darauf hinzuweisen: Da sind Sie echt falsch gelegen!

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Vielleicht ist eine kleine Erläuterung notwendig. Die zusammenfassende Stellungnahme ist nicht Teil der Aussprache. Deshalb sind keine Zwischenfragen oder Zwischenbemerkungen möglich. Ich sage das, weil einige Kollegen bedauert haben, nicht noch einmal reagieren zu können.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(...)

Reinhold Bocklet (CSU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Christine Kamm hat im Rahmen ihres Beitrags zur Europadebatte folgende Äußerung getan. Ich zitiere wörtlich:

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bocklet hat vor der Mittagspause erklärt, dass er sich beleidigt gefühlt habe durch meine Bemerkung, dass er in Brüssel gesagt habe, dass man Worte bayerischer Vertreter nicht so ernst nehmen solle; es würde sich eher um Folklore handeln; in Wirklichkeit seien die Bayern ja europafreundlich.